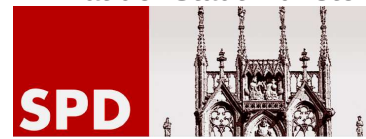


**Antrag
zur sofortigen Beschlussfassung**

08.03.2010

**SPD-Fraktion
im Rat der Stadt Münster**



Die Zukunft städtischer Arbeitsmarktpolitik sichern und gestalten

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich einen verfassungsändernden Gesetzentwurf zur dauerhaften Absicherung der ARGE n vorzulegen, damit die Kommunen wie auch die Betroffenen endlich Planungssicherheit erhalten.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Fachausschüsse und die fachpolitischen Sprecher/-innen zeitnah über den jeweiligen Verhandlungsstand auf Bundesebene in Kenntnis zu setzen und die entsprechenden Informationspapiere (Bundesregierung, Kommunale Spitzenverbände, Bundesagentur für Arbeit etc.) zur Verfügung zu stellen.
3. Die ARGE-Münster (AMS) hat sich bewährt und verdient für ihre Arbeit die Solidarität des Rates. Wie sie für die Zukunft konkret bundesgesetzlich ausgestaltet wird, ist derzeit noch unklar. Auch steht die Möglichkeit der Ausweitung der Optionskommunen im Raum. Ob jedoch das Options-Modell überhaupt Vorteile gegenüber dem bestehenden System bringt, ist nach aktuellen Untersuchungen der Bundesregierung zweifelhaft. Der Rat der Stadt muss aber jedenfalls umfassend über münsterspezifische Auswirkungen der Entscheidungen auf Bundesebene informiert werden.
Sofern sich daher abzeichnet, dass die Zahl der Optionskommunen ausgeweitet werden soll, organisiert die Verwaltung für die betroffenen Fachausschüsse eine öffentliche Expertenanhörung, auf der die Vor- und Nachteile von Optionskommunen und ARGE n in der neuen konkreten Ausgestaltung dargestellt werden. Dabei sollen die Experten/-innen ein besonderes Augenmerk auf die Situation in Münster legen. Die Anhörung wird von der Verwaltung ausgewertet.
4. Die AMS wird gebeten, eine Stellungnahme zu erarbeiten, die die möglichen Auswirkungen auf die kommunale Arbeitsmarktpolitik darstellt.
5. Die Verwaltung bereitet eine Beschlussfassung über die endgültige Positionierung der Stadt Münster bis zur Sommerpause vor, sofern es die Entwicklungen auf Bundesebene zulassen.

Begründung:
Erfolgt mündlich.

Thorsten Kornblum
Wolfgang Heuer
Dr. Fritz Baur
Philipp Gabriel
Beanka Ganser
Thomas Fastermann
Anne Hakenes

Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Thomas Marquardt
Robert von Olberg
Kurt Pölling
Karsten Rahn

Anne Schulze Wintzler
Petra Seyfferth
Aliye Stracke-Gönül
Beate Vilhjalmsen
Holger Wigger
Karl-Heinz Winter